Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Postaufschlag.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 v. Vorm. 8–5 Uhr Nachm., Sonntags v. Vorm. 11–1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Meißnerg. 6 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Montags oder nach Feiertagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

39. Jahrgang. Aufl. 56,000 Stück.
Dresden, 1894.

Buchbinderei für Massenproduction u. Privatarbeit.
Anfertigung einfachster wie elegantester Bände. Lederarbeiten etc.
Liniiranstalt und Accidenzbuchdruckerei.
Schnellste Lieferung. Sauberste Ausführung. Billigste Preise.
König-Johannstr. 15. G. H. Rehfeld & Sohn. Hauptstr. 24.

Photographische Apparate für Amateure
Preislisten gratis und franco.
Carl Plaul,
Dresden, Wallstrasse 25.
Fernspr.-Amt 1, No. 167.

Oelfarben in Tubes für Kunst- und Decorationsmalerei.
Aquarellfarben trocken, halbfeucht und in Tuben.
Carl Tiedemann, Hoflieferant
Altstadt: Marienstrasse 10, Amalienstrasse 18.
Neustadt: Heinrichstrasse, „Stadt Görlitz".

„Invalidendank"
Dresden, Seestrasse 6, I.
Fernsprechstelle 1117.
I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen.
II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater.
III. Effecten-Controle unter Garantie.
IV. Collection der Sächs. Landeslotterie.

Im Ganzen. Tuchwaaren Im Einzelnen.
empfehlen
Pörschel & Schneider
Scheffelstrasse 19 (kl. Rauchhaus).
Mustersendungen franco.

Hohenzollern-Mäntel
Kaiser-Mäntel
Stanley-Mäntel
Havelocks
von 15 Mark an
empfiehlt in grosser Auswahl (auch nach Maass)
Robert Kunze, 1 Altmarkt 1 (Rathhaus).
Reise-Artikel, Herren-Modewaaren, Lederwaaren.

Nr. 14. **Spiegel:** Bestrafung von Felddiebstahl, Debatte über die Tabaksteuervorlage, Hofnachrichten, Eidesnoth, Armeerangliste, Rechtsschutz-Verein, Gerichtsverhandlungen, Tagesgeschichte, Casino-Concert, Tonkünstlerverein, Gruber-Concert.

Sonntag, 14. Januar.

Politisches.

In der Ersten Kammer unseres Landtages ist dieser Tage bei der Berathung der Novelle zum Forststrafgesetz aus dem Munde des Grafen zur Lippe-Baruth eine Aeußerung ergangen, die nicht verfehlen wird, in weiten Kreisen unliebsames Aufsehen zu erregen. Das genannte Mitglied der Ersten Kammer begründete als Referent die von der Deputation vorgenommenen Aenderungen an dem Regierungsentwurf, die sich in ihrer Gesammtwirkung als eine nicht unwesentliche Verschärfung der Vorlage darstellten. Bei dieser Gelegenheit gab der Referent auch seiner persönlichen Anschauung Ausdruck, indem er erklärte, daß die von der Regierung zur Begründung ihrer Vorlage angeführten Beispiele von schwerer Härte in der Rechtsprechung auf Grund des bestehenden gesetzlichen Zustandes für ihn keine genügende Ueberzeugungskraft besäßen. Er könne sich sogar vorstellen, daß „eine alte Frau, die zum dritten Male für ihre Ziege etwas Gras entwendet, vom moralischen Standpunkt aus Zuchthausstrafe verdient habe." Zum Verständniß dieser Aeußerung sei bemerkt, daß thatsächlich ein solcher Fall vorgekommen ist. Er wird in der Begründung der Regierungsvorlage ausdrücklich mit als Beweisgrund für die Nothwendigkeit verwerthet, ein besonderes Feldpolizeigesetz zu schaffen, um dadurch die Felddelikte der Zuständigkeit des Reichsstrafgesetzbuches, auf Grund von dessen Bestimmungen über den Rückfallsdiebstahl die bedauernswerthe alte Frau hatte verurtheilt werden müssen, zu entziehen. Die Berechtigung der Landesgesetzgebung zu der selbstständigen Regelung der Motive der Feldentwendungen steht außer Frage. Ebenso ist der Regierung voll und ganz beizupflichten, wenn sie die Feldentwendungen von dem mit Gefängniß bedrohten Forstdiebstahl trennen und dieselben nur als Uebertretungen behandeln, also nur mit Haft bestraft wissen will. Die näheren juristischen Gründe für die Berechtigung dieser Trennung zu erläutern, erübrigt hier. Die Erste Kammer vertrat aber im Gegensatz zu der Regierung die schärfere Auffassung unter der Devise: „Schutz für die Landwirthschaft". Man mag darüber, ob die Rücksicht auf die Landwirthschaft thatsächlich eine schärfere Ahndung der Feldentwendung fordert oder nicht, denken wie man will. Jedenfalls steht so viel fest, daß keine Rücksicht irgendwelcher Art eine so geradezu grausame Strafe rechtfertigen kann, wie sie der obengedachten alten Frau aus dem erwähnten Anlasse zu Theil geworden ist. Man darf nicht daran zweifeln, daß dem Richter bei der Erfüllung des Urtheils die Thränen des Mitleides sich ins Auge gedrängt haben und man geht wohl auch nicht fehl mit der Vermuthung, daß der erkennende Gerichtshof selbst den Fall der Kenntniß des Herrn Justizministers unterbreitet hat. Daß die Königliche Staatsregierung daraus gesteigerte Veranlassung genommen hat, die Wiederholung solcher Unzuträglichkeiten durch eine Aenderung der Gesetzgebung zu vermeiden, gereicht ihr zum höchsten Ruhme. Um so peinlicher aber muß es berühren, wenn ein hochgestelltes Mitglied der Ersten Kammer selbst gegenüber einem so eklatanten Konfliktsfall zwischen formellem Recht und allgemeinem Rechtsbewußtsein kühl bis ans Herz hinan bleibt. Wo summum jus so zur summa injuria wird wie hier, wo das höchste formelle Recht das höchste materielle Unrecht so unverhüllt vor aller Augen bloßlegt, heißt es der Sache der Ordnung einen schlechten Dienst leisten, wenn solche unbestreitbaren Uebelstände auch noch zu beschönigen versucht werden. Zum Glück darf angenommen werden, daß die Anschauungsweise des Grafen zur Lippe-Baruth vereinzelt dasteht. Konservativ ist sie jedenfalls nicht. Ein Konservativismus, der aus den Ruinen der Vorzeit neues Leben erblühen lassen will, muß vor Allem Empfindung für wirklich vorhandene Gebrechen der alten Zustände besitzen. Für d.n echten, neue Geister werbenden Konservativismus wird stets das Wort Bismarcks maßgebend bleiben, das er im April 1891 zu einer ihn begrüßenden Deputation gesprochen hat, des Inhalts, daß der wahre Konservativismus nicht darin bestehe, blindlings Alles zu erhalten, sondern daß alte Formen unter Umständen zerschlagen und neue aufgerichtet werden müßten. Dabei den Werth des zu vernichtenden Alten und des zu errichtenden Neuen richtig abzuschätzen, das sei echt konservativ. So möge sich denn auch der echte Konservativismus nicht beirren lassen, an die gerade auf dem Gebiet des Strafrechts vielfach hervortretenden Mängel thatkräftig die bessernde Hand zu legen. Das ist umso nöthiger, als die Erfahrung lehrt, wie sehr demagogische Agitatoren nur zu sehr bereit stehen, die Schuld mangelhafter Gesetze auf die erkennenden Gerichte abzuwälzen und so die Menge gegen die staatliche Autorität aufzuwühlen. Der Richter muß auf Grund seines Eides genau so Recht sprechen, wie das Gesetz es ihm befiehlt, ohne jede Beeinflussung durch persönliche Sympathie oder Antipathie, aber der Gesetzgeber hat nach seinem Fühlen und Empfinden die Gesetze so zu gestalten, daß in ihnen das wahre Rechtsbewußtsein des Volkes zum Ausdruck gelangt. In diesem Sinne hat sich Herr Graf zur Lippe zweifellos als ein schlechter Gesetzgeber erwiesen.

Auch der zweite Tag der ersten Lesung der Tabakfabrikatsteuervorlage ist zur Neige gegangen, ohne den Gegenstand zu erschöpfen. Um so nachhaltiger aber war die Erschöpfung, welche sich der Mitglieder des Hauses unter der Einwirkung der sich endlos hinschleppenden Reden bemächtigte. Die Eigenthümlichkeit der zur Berathung stehenden Materie bringt es mit sich, daß die Erörterungen sich mehr in dem Rahmen lehrhafter akademischer Vorträge bewegen, als innerhalb der Grenzen einer eigentlichen parlamentarischen Debatte, bei der Kürze des Witzes Seele ist und neben der sachlichen Beweisführung die rhetorische Eingabe des Augenblickes das Scepter führt. In der Debatte sprachen diesmal fünf Redner: der badische Gesandte Dr. v. Jagemann, Abg. Frese von der freisinnigen Vereinigung, Unterstaatssekretär v. Schraut, Abg. Gescher von der konservativen und Abg. Meister von der sozialdemokratischen Partei. Dr. von Jagemann unternahm es, einen vom Reichsschatzsekretär am vorhergehenden Tage begangenen Fehler wett zu machen. Herr v. Posadowski hatte nämlich eine statistische Unterlassungssünde auf sich geladen, indem er die zahlenmäßigen Einwendungen der Gegner der Vorlage, ohne den ebenfalls zahlenmäßigen Gegenbeweis zu führen, einfach für nicht überzeugend erklärte, mit der vielleicht nicht ganz unberechtigten, aber jedenfalls unvorsichtigen Motivirung, er selbst habe längere Jahre in Erntestatistik „gemacht" und wisse daher, wie man dergleichen arrangire. Solche Geheimnisse dürfen eigentlich von einem Reichsschatzsekretär nicht aus der Schule geplaudert werden. In dem Bestreben, dies Versehen seines Kollegen am Bundesrathstische auszuwetzen, that aber Herr von Jagemann des Guten mit Entschiedenheit zu viel, indem er ganze Regimenter von Zahlen aufmarschiren ließ, die in wohldressirtem Paradeschritt in unabsehbarem Zuge vor den Reichsboten vorüberdefilirten. So kam es, daß der zweite Redner, Abg. Frese, bereits mit ermüdeten Köpfen zu rechnen hatte. In Berücksichtigung dieses Umstandes flocht er mit einer Geschicklichkeit, die bei der Dürre des Stoffes immerhin Anerkennung verdient, ab und zu einige krampfhafte Witze in seine Ausführungen ein, die denn auch bei dem Mangel an Besserem den erstrebten Heiterkeitserfolg nicht verfehlten. In sachlicher Beziehung bemängelte der Redner, daß die Regierungsvorlage den wesentlichen Unterschied zwischen der Cigarren- und der Rauchtabakfabrikation nicht berücksichtige. Der Konsum, meinte er, werde genau um die von der Regierung gewollten 50 Millionen Mark zurückgehen. Im Uebrigen wurden neue Einzelheiten nirgends aufgestellt. Bei der selten ausgiebigen Art, in welcher die Gründe gegen die Vorlage seit Monaten in Wort und Schrift des Langen und Breiten erörtert worden sind, muß es auch als schier unmöglich erklärt werden, noch irgendwelche Nova zu der Sache beizubringen.

Daß die Vorlage am Schlusse der ersten Lesung zunächst an eine Kommission verwiesen wird, dürfte wohl so gut wie sicher sein, denn der fromme Wunsch des Abgeordneten Frese, die Regierung möchte noch vorher den Entwurf zurückziehen, wird die Kommissionsberathung ebensowenig verhindern wie die Erklärung des sozialdemokratischen Redners, daß seine Partei rundweg die Vorlage ablehne. Freilich wird auch die Verweisung an eine Kommission schwerlich mehr bedeuten als eine höflichere Art der Absage an die Tabaksteuerpläne der Regierung, soweit sie sich in der Richtung der Fabrikatsteuer bewegen. Daß jedoch trotz alledem das letzte Wort über den Tabak in steuerlicher Beziehung noch nicht gesprochen ist, geht aus der Aeußerung des konservativen Redners hervor, der erklärte: „Trotz aller wesentlichen Bedenken lehnen wir den Gesetzentwurf nicht a limine ab, sondern wollen „unter allen Umständen" an dem Tabak als Steuerobjekt festhalten." Die deutsche Tabakindustrie wird daher nach wie vor auf der Hut sein müssen, um der wohl mit Sicherheit früher oder später zu gewärtigenden schärferen Heranziehung des Tabaks eine angemessene Form zu geben. Die Fabrikatsteuer kann dabei nach dem einmüthigen Urtheil aller Interessenten schon aus dem Grunde nicht in Betracht kommen, weil sie, wie selbst Herr v. Bennigsen in einer Aeußerung aus früheren Jahren zugegeben hat, nur zu leicht zu der Brücke wird, die zum Monopol hinüberführt. In dieser Beziehung wird vielleicht der in den Motiven zu dem Gesetzentwurfe enthaltene Hinweis auf die Mehreinnahmen aus dem Tabak in den Monopolländern den Fachmännern nicht ganz unverdächtig erscheinen. Das Monopol besteht zur Zeit in Frankreich, Oesterreich-Ungarn, Italien, Spanien, Portugal, Rumänien, Serbien und der Türkei und befindet sich theils im Selbstbetrieb des Staates, theils in den Händen von Gesellschaften, die es gepachtet haben. In Deutschland, England, Belgien, Holland, Rußland und Griechenland dagegen ist der Tabakhandel noch frei. Es dürfte zutreffend sein, wenn der Abg. Frese eine Bezugnahme auf die Erträgnisse des Tabaks in den Monopolländern für unzulässig erklärte, weil damals, als das Monopol in den genannten Ländern eingeführt wurde, die Tabakindustrie dort noch in den Windeln gelegen habe. In Deutschland dagegen hat sich auf der Grundlage der Freiheit des Tabakhandels eine außerordentlich intensive Industrie entwickelt. Möge es ihr auch bei einer zukünftigen Höherbesteuerung, wenn das Wohl der Gesammtheit dieselbe erfordern sollte, vergönnt sein, in stetigem Fortschritt weiter zu wachsen und zu gedeihen, zum Segen der heimischen Arbeit und des nationalen Wohlstandes! Das ist der Wunsch, in dem sich angesichts der bevorstehenden Entscheidung im Reichstag alle Freunde dieses mächtigen und blühenden Erwerbszweiges im ganzen deutschen Vaterlande vereinigen werden.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 13. Januar.

Berlin. Der Reichstag nahm das Handelsprovisorium mit Spanien bis Ende d. M. in dritter Lesung endgiltig an und setzte dann die erste Berathung des Tabaksteuergesetzes fort. — Abg. Clemm-Ludwigshafen (nat.-lib.): Nachdem seitens der Regierungen bestimmt erklärt worden, daß sie einer Reichseinkommensteuer nie zustimmen würden, sei es nicht angezeigt, noch darauf zurückzukommen. Der Tabakbau ist für weite Gegenden unseres Vaterlandes von der größten Bedeutung, insbesondere für die Pfalz, wo seit 1660 Tabak gebaut wird. Daß die Vorlage vom Standpunkt der Tabakpflanzer aus unannehmbar sei, kann ich nicht zugeben, vorausgesetzt, daß sie die nöthigen Modifikationen erfährt. Wenn die Vorlage Gesetz würde, so würde die Tabakindustrie ebensowenig eine Einbuße erfahren, als sie durch das Gesetz von 1879 erfahren hat. Seitdem sind zahlreiche neue Tabakfabriken entstanden und die Tabakindustrie ist zur Blüthe gelangt. Die von den Tabakfabrikanten ausgehende Agitation übersteigt alles Maß. Auch die Pflanzer haben Anspruch auf Berücksichtigung ihrer Interessen. Abg. Dr. Schneider (freis. Volksp.) bekämpft die Vorlage sowohl vom Standpunkte der Produzenten, wie von dem der Konsumenten aus. Einen eigenthümlichen Eindruck müsse es machen, wenn die Regierung erklärt: Es nützt Euch Alles nichts; denn wenn Ihr diese Vorlage ablehnt, so kommt der Tabak später daran. Einer solchen Beunruhigung einer einzelnen Industrie fehlt es an jeder moralischen Berechtigung. Die Vorlage arbeitet dem Monopol vor. Ferner wird die Vorlage die Sozialdemokratie fördern und dazu beitragen, daß diese bei den nächsten Wahlen ungleich stärker hier einzieht. Dazu reichen wir unsere Hand nicht. — Bayrischer Finanzminister Freiherr v. Riedel: Gegen den Konsumrückgang sprechen zwei wichtige Faktoren: Gewohnheit und eventuell Bedürfniß, sowie die Findigkeit der Industrie in Bezug auf den Geschmack. Die bayrische Regierung steht ganz auf dem Boden der Vorlage. Wie Viele von denen, die den Stab über dieselbe brechen, haben sie überhaupt gelesen? Daß der Entwurf die Kosten für die Militärvorlage auf die schwächeren Schultern lege, kann ich ebensowenig zugeben; das ganze Ziel der Agitation ist, daß der Tabak überhaupt nie mehr in den Kreis steuerlicher Erwägungen aufgenommen werde. Es werde noch einmal gesagt werden, es wäre doch besser gewesen, wenn wir damals den Entwurf der Regierung angenommen hätten. Die Regierungen konnten auf eine stärkere Heranziehung des Tabaks gar nicht verzichten. Mit Reichseinkommensteuer und Reichserbschaftssteuer würden wir geradezu Raubbau am Nationalvermögen treiben. Man spricht immer von Luxussteuern; das hier ist gewiß eine Luxussteuer. In der ganzen dreitägigen Debatte ist kein gangbarer Weg zur Aufbringung der Mittel angegeben worden. Durch die Vorlage werde dem Handel und der Industrie die Lebensader nicht unterbunden, sie führe nicht zum Monopol, sondern schließe dasselbe vielmehr aus. Man spreche von schrecklichen Kontrolbestimmungen. Was wird denn verlangt? Eine Buchführung über die Ankäufe und die Verwerthung des Tabaks, also etwas, was heute schon in jedem ordentlichen Geschäft gemacht wird. Werden die Steuervorlagen abgelehnt, so ist eine Erhöhung der Matrikularbeiträge und damit eine Erhöhung der direkten Steuern unerläßlich. Ob damit den Klassen, die man hiermit schonen will, mehr gedient sein wird, ist noch sehr zweifelhaft. Es handelt sich um die Ordnung der Finanzen des Reichs und der Einzelstaaten. Prüfen Sie den Entwurf vorurtheilsfrei und genau! — Frhr. v. Hammerstein (kons.): Für Bayern hat der Entwurf allerdings nicht die große sozialpolitische Bedeutung wie für Norddeutschland, wo in einzelnen Städten ebenso viel Tabakarbeiter beschäftigt werden, wie in Bayern in ganzen Distrikten. Wenn man auch zugeben kann, daß die Deckung auf dem Wege der indirekten Steuern erfolgen muß, so braucht man sich deshalb noch nicht für diese Vorlage zu erklären. Die Biersteuererhöhung hat ihrer Form, nicht des Objektes wegen Beanstandung gefunden; man kann also wohl auf diese Steuer zurückkommen. Der Bierkonsum zeigt eine rapid steigende Tendenz, während der Tabakkonsum ziemlich stabil bleibt. Wird vom Cigarrenkonsum im größeren Umfang zum Konsum des Pfeifentabaks übergegangen, so werden viele Arbeitskräfte überflüssig. Die Cigarrenindustrie Westfalens wird mit Annahme des Gesetzes größtentheils ruinirt werden. Ich freue mich, hier den Beweis liefern zu können, daß ich, obgleich überzeugter Agrarier, auch für die berechtigten Interessen der Industrie eintrete. Die Kontrolmaßregeln sind drückend für die ehrlichen, und ungenügend gegenüber den unehrlichen Fabrikanten. Von dem Stundungssystem verspricht man sich viel Gutes, aber dem Kleinbetrieb gegenüber ist eine Stundung unmöglich. Das Tabakmonopol wird durch diese Vorlage nicht ausgeschlossen; wenn die Noth die Einführung desselben erheischt, so werden wir es doch bekommen. — Abg. Dr. Böckel (Ref.): Wir stimmen gegen die Vorlage, sowie gegen jeden Versuch, dieselbe zu verbessern. Wir wollen dieser Leiche ein frühes Begräbniß bereiten und dieselbe deshalb nicht an eine Kommission verweisen, da wir sie für prinzipiell falsch und schädlich halten; sie würde dazu führen, die Kleinbetriebe den Großbetrieben preiszugeben, viele Tausende von Arbeitern brotlos zu machen und den kleinen Mann ein unentbehrliches Genußmittel zu vertheuern. Die Vorlage ist auch überflüssig. Wir haben nicht für die Einzelstaaten zu sorgen, dieselben mögen bei sich selbst wirthschaften lernen und nicht solche kostspielige Prunkbauten, Paläste, Kirchen, Denkmäler ꝛc. ausführen. Die durch die Militärvorlage entstandenen Mehrausgaben lassen sich anderweit decken. Wir halten an der Börsensteuer fest, aber die Börse darf nicht zu sanft angegriffen werden. Warum führt man nicht eine Wehrsteuer ein, eine Jagdsteuer, eine Steuer des Totalisators, der Wettrennen und andere Luxussteuern. Daß die Juden ordentlich bluten sollen, ist keine Frage. Gegen eine Reichseinkommensteuer führt man Verfassungsbedenken an, warum hatte man solche nicht, als man die Legislaturperiode verlängerte. Während man eine Steuer vorschlägt, die Tausende von Arbeitern brotlos macht, macht man Millionengeschenke mit den Handelsverträgen. Verschonen wir uns mit dem russischen Handelsvertrag, das wird der Landwirthschaft mehr nützen als das Eintreten für die Tabakpflanzer an dieser Stelle. Die Reichseinkommensteuer wird kommen, aber es ist Zeit, daß diese und andere Reformen bald kommen, denn der allgemeine Kladderadatsch ist näher, als man glaubt. Redner vertheidigt seine Partei gegen den Vorwurf, sich bei der Militärvorlage durch die schönen Augen des Reichskanzlers habe bethören lassen. Der Reichskanzler habe die von ihm, dem Redner, gestellte Anfrage in befriedigender Weise beantwortet, aber sein Wort nicht gehalten. Wir haben angenommen, daß das Ehrenwort eines preußischen Generals mehr Geltung haben würde. (Präsident v. Levetzow ruft den Redner für diese Aeußerung zur Ordnung.) — Staatssekretär Graf v. Posadowsky weist die Angriffe des Vorredners zurück. Eine Reichseinkommensteuer würde mit den Bündnißverträgen, auf denen die Reichsverfassung beruhe, in Widerspruch stehen. Durch die dreitägige Debatte habe die öffentliche Meinung Aufklärung erfahren, aber schwerlich zu Gunsten der Gegner der Vorlage. Wenn die Steuervorlage abgelehnt wird und der Bedarf durch die Erhöhung der Matrikularbeiträge gedeckt werden soll, so ist in Preußen eine mehr als 30prozentige, in einzelnen deutschen Staaten eine [illegible]prozentige Erhöhung der Einkommensteuer erforderlich. Eine solche Erhöhung wird aber viel unangenehmer empfunden werden, als die hier vorgeschlagene Steuer. — Abg. Rösicke (wild-lib.) bekämpft die Vorlage. Er stehe nicht auf dem Standpunkt des heil. Florian, der da sagt: Verschon' mein Haus, zünd' andere an. — Weiterberathung Montag 1 Uhr.

Stuttgart. Die amtlichen Blätter theilen die Abmachungen zwischen Preußen und Württemberg wegen der Abkommandirung gegenseitiger Offiziere mit. Die Offiziere tragen die Uniform derjenigen Truppentheile, zu denen sie kommandirt sind. Die Generale und Stabsoffiziere tragen preußische Uniform. Der Kaiser wünscht eine gemeinsame Rangliste der württembergischen und der preußischen Armee.

Wien. Das „Fremdenblatt" bezeichnet als ausschließlichen Grund des Rücktritts des Prinzen Reuß die Gesundheitsverhältnisse des Botschafters, welcher infolge der vorjährigen schweren Erkrankung seinen vielfachen amtlichen und sozialen Verpflichtungen schwer nachkommen konnte.

* **Paris.** Bei den mit einem Torpedoboot bei Sanazin vorgenommenen Versuchen fand ein Unfall am Dampfkessel statt. Sieben Personen wurden verletzt.

* **Madrid.** Am Einfahrtsthor des Palastes des Marquis Oliva wurde eine Patrone gefunden, welche nicht explodirt war.

London. Dem „Reuterschen Bureau" zufolge ist in Buluwayo am 6. ds. M. ein Eingeborener angekommen, der Augenzeuge des Todes des Kapitäns Wilson und seiner Abtheilung war. Der Eingeborene berichtet, daß die Matabele nach ihrem ersten Angriff gegen Wilson sich zurückzogen, weil sie glaubten, es mit einer zahlreichen englischen Abtheilung zu thun zu haben, den Angriff aber erneuerten, nachdem sie die nummerische Schwäche erkannt hatten. Wilson und seine Leute vertheidigten sich lange Zeit, indem sie theilweise die gefallenen Pferde als Deckung benutzten. Die an Zahl bedeutend überlegenen Eingeborenen drangen immer mehr vor und bewältigten den Widerstand der Engländer, von denen die meisten verwundet waren. Als die Eingeborenen in das improvisirte Lager eingebrochen waren, tödteten sie alle Engländer und plünderten die Leichen aus. Gefallen sind Kapitän Wilson, fünf Kapitäne, zwei Leutnants, fünf Sergeanten, zwei Korporale und zwanzig Soldaten.

Petersburg. Der Neujahrsempfang bei Hofe fällt aus, weil die Kaiserin an der Influenza erkrankt ist.

Berlin. Der deutsche Handelstag sprach in seiner heutigen Sitzung in einer Resolution die Hoffnung aus, daß die Regierung den deutschen Schiffbau nicht unter staatliche Kontrole, wie beabsichtigt sei, stellen werde. Ferner wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Regierung in Zukunft Handels- und Gewerbekammern bei den diese betreffenden Gesetzen zur gutachtlichen

Pfund's sterilisirte (keimfreie) Kindermilch. Trockenfütterung
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79.